Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 147. Halle, Donnerstag den 31 März 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Abzug der Roten Banden aus Gröbers.

Tumult in Merseburg. — Ein Zivilist erschossen, fünf verwundet. — Entlassungen auf dem Leunawerk. — Aufruf der Gewerkschaften zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit.

Wie sich Frankreich im Saargebiet betätigt.

Von Gustav Hartmann, Mitglied d. Pr. Abg.-Hauses.

Durch das Friedensdiktat von Versailles ist das Saarland auf fünfzehn lange Jahre von seinem deutschen Mutterland getrennt und in französische Verwaltung übergegangen. Daß damit den Deutschen im Saargebiet Lasten und Bedrückungen aller Art auferlegt werden würden, war vorauszusehen, wenn auch die so viel gerühmte „Ritterlichkeit" Frankreichs bei manchen unserer Volksgenossen den Glauben erweckt haben mag, daß man die wohlerworbenen Rechte der Deutschen in diesem vorübergehend abgetrennten Landesteil nicht allzusehr schmälern würde. Es ist anders gekommen, und schon heute zeigt sich, wohin der Weg führt, den die französischen Machthaber im Saargebiet einzuschlagen gedenken.

Bei der großen Bedeutung, die den Arbeitern in diesem industriereichen Gebiet zukommt, ist es von Wichtigkeit, darauf hinzuweisen, daß die französischen Machthaber nun mit rauher Hand den schon vor dem Kriege eingeführten Urlaub der Bergarbeiter, dessen Zeit in Lohnhöhe bezahlt wurde, mit Wirkung vom 1. April 1921 ab aufgehoben haben. Das ist ein glatter Verstoß gegen den Friedensvertrag, in dem festgelegt ist, daß die Rechte der Bergarbeiter aus der deutschen Gesetzgebung weiter bestehen bleiben sollen.

Ferner liegt jetzt eine neue Arbeitsordnung für den Bergbau im Saargebiet vor, durch welche die Festsetzung der Arbeitszeit für jede Schicht durch den „Ingenieur-Prinzipal" erfolgen soll. Den Arbeitern und den Arbeitervertretungen ist eine Mitbestimmung hierbei versagt. Der Arbeiterausschuß ist wohl vorher „zu hören", weiter aber auch nichts. Der Ingenieur-Prinzipal bestimmt und die Arbeiter haben zu gehorchen. Nur an heißen Arbeitsorten mit mehr als 28 Grad Celsius soll eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erfolgen, im übrigen hat der Ingenieur-Prinzipal völlig freie Hand. Jeder deutsche Arbeiter weiß und wird mit empfinden, was die völlige Vernichtung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft auf die Arbeitszeit bedeutet. Die bisherigen Strafbestimmungen sollen durch die neue Arbeitsordnung verschärft werden; diese Verschärfung widerspricht zum Teil den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Dazu kommt der angekündigte Lohnabbau, ohne daß gleichzeitig von einem Preisabbau für Nahrungsmittel, Kleider und sonstige Bedarfsgegenstände die Rede wäre. Den Bergarbeitern sind die Löhne bereits um vier Franken je Schicht gekürzt worden, und den Hüttenarbeitern ist dasselbe angedroht, wenn es nicht inzwischen schon durchgeführt ist.

Das alles hat selbstverständlich unter den Arbeitern des Saarreviers starke und berechtigte Erregung hervorgerufen, die man jedoch gewaltsam einzudämmen versucht.

Bei den Beamten des Saarbergbaues wird mit allen Mitteln eine Französierung durchzuführen versucht. Die Lage der in französischen Dienste übergetretenen Beamten der preußischen und bayerischen Staatsbergwerke verschlechtert sich fortgesetzt. Der im August vorigen Jahres durchgeführte Solidaritätsstreik dieser Beamten hat der französischen Generaldirektion den Vorwand gegeben, die unkündbare Anstellung der Bergbeamten zu beseitigen und dafür ein dreimonatliches Kündigungsverhältnis einzuführen. Dagegen sind zu Beginn dieses Jahres auf allen größeren Gruben des Saargebiets kostenlose Unterrichtskurse in französischer Sprache eingeführt worden. Ein direkter Beteiligungszwang besteht allerdings nicht, aber wenn man sieht, daß die Grubenverwaltungen über die Zahl und die Namen der Kursusteilnehmer amtliche Listen führen müssen, dann weiß man auch, was dahinter steckt. Wer diesen Sprachkursen fern bleibt, hat wirtschaftliche Nachteile zu erwarten. Deshalb nimmt ein großer Teil der Bergbeamten trotz inneren Widerstrebens an diesem Zwangsunterricht teil.

Von dem französischen Personaldirektor Daum ist an die einzelnen Berginspektionen ein Erlaß gerichtet worden, in dem den Beamten nahegelegt wird, schon jetzt die französische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Dieser Erlaß schildert zunächst die im Code civil enthaltenen Bedingungen, die sonst zur Herbeiführung der französischen Naturalisation erfüllt werden müssen und sagt dann wörtlich: „Der Vertrag von Versailles (Kap. 2, Art. 27) hat festgesetzt, daß denen kein Hindernis in den Weg gelegt wird, die eine andere Nationalität als die deutsche zu erlangen wünschen. Es wird den Saarländern große Erleichterung in der Erlangung der französischen Nationalität gewährt. Die Artikel des Code civil werden in dem Sinne gemindert, daß der Aufenthalt in Frankreich nicht mehr verlangt wird und durch eine drei- oder einjährige Wohnzeit im Saargebiet ersetzt wird." Am Schluß dieses Erlasses weist der Personaldirektor Daum darauf hin, daß zur schleunigen Erledigung der durch das Gesetz vorgeschriebenen Formalitäten diejenigen Personen, die den Wunsch haben, die französische Nationalität zu erlangen, jetzt schon ihre Namen, Adressen, Geburtsdaten und -orte angeben sollen.

Die französische Saarpolitik ist also nach den mitgeteilten Proben ganz durchsichtig; unentgeltlicher Sprachunterricht und Erleichterung in der Erlangung der französischen Naturalisation soll den Eindruck verwischen, den die Entziehung erworbener wertvoller Rechte mit sich bringt. Werden unsere deutschen Volksgenossen im Saarland diesen Drohungen und Lockungen auf die Dauer widerstehen können? Wir hoffen das nicht nur, sondern wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß auch hier die brutale Gewalt das Gegenteil von dem erreichen wird, was sie erstrebt. Das Saargebiet wird deutsch bleiben!

Gröbers wieder freigegeben.

Den roten Banden, die sich in Gröbers festgesetzt hatten, ist anscheinend längerer Aufenthalt dort nicht ratsam erschienen, obwohl der Erfolg, den sie, wie gemeldet, durch ihren Ueberfall auf eine kleine Erkundungstruppe erzielt hatten, ihren Uebermut gewaltig gesteigert hatte. Am Vormittag prahlten sie noch, wie Ortseinwohner versichern, mit dem „siegreichen Fortgang der Revolution", am Nachmittag aber kam Unruhe in die Schar und sie zogen in aller Stille ab. Ihren Weg nahmen sie in nordöstlicher Richtung, also etwa auf Bitterfeld zu. Sie werden die längste Zeit die Gegend beunruhigt haben!

Im Laufe des gestrigen Tages wurden wieder in kleinen Trupps eine stattliche Anzahl von Gefangenen in Halle eingebracht. Einzelne linksradikale Elemente versetzte der Anblick derart in Wut, daß sie in laute Schimpfreden ausbrachen. Die Ruhe wurde aber nirgends gestört. Anders in Merseburg. Dort ist es beim Abtransport von Gefangenen zu einem

blutigen Auftritt

gekommen. Es wird darüber folgendes berichtet:

Merseburg, 30. März. Dichte Menschenmengen füllten am Vormittag des heutigen Tages die Straßen der inneren Stadt. Die Straßenausgänge nach Leuna zu waren besonders unter scharfer Kontrolle und vom Thüringer Hof aus wurde jeder Straßenverkehr auf der Weißenfelser Straße unterbunden. Hier stauten sich fortgesetzt die Menschenmassen. Kurz nach 9 Uhr brachten hier Sipomannschaften drei Gefangene ein. Von Zivilpersonen wurden diese drei Mann zur Flucht aufgefordert. Die aufgeregten Zivilisten umdrängten die Sipomannschaften, so daß die Gefangenen die Flucht auch ausführen konnten. In der Bedrängnis mußten schließlich die Sipoleute von ihren Waffen Gebrauch machen. Es wurden Schüsse abgefeuert und einige Handgranaten geworfen, die verschiedene Zivilpersonen — man spricht von fünf — verletzten, darunter zwei den Sohn des Lehrers Meinhardt. Verletzt wurde u. a. auch Direktor Rosenbaum durch einen Beinschuß. Mit Hilfe von Verstärkungsmannschaften säuberte die Sipo die Straßen der Stadt, wobei es zu aufregenden Szenen kam. Die Verwundeten wurden in das früher Lückesche Getreidegeschäft transportiert und erhielten hier Notverbände. Auch der Arbeiter-Samariterdienst half bei der Bergung der Verwundeten. Zu einer lebhaften Schießerei kam es dann noch gegen 10 Uhr vormittags am Domgymnasium und in der Nähe des Schlosses in der Hälterstraße. In der Mittagsstunde wurde am Ständehause eine Zivilperson erschossen, da er auf einen Siposchutzmann geschossen hatte. Der Mann, dessen Personalien noch nicht feststehen, beantwortete die Aufforderung des Postens, weiter zu gehen, mit einem Pistolenschuß und wollte dann flüchten. Der Posten feuerte und traf den Unbekannten derart, daß er sofort tot zusammenbrach.

Die Belegschaft des Leunawerks entlassen.

Die Werksleitung des Ammonialwerks Merseburg und die Arbeitgeber-Vereinigung Leunawerke erlassen folgende Bekanntmachung:

Die Arbeiterschaft des Ammoniakwerkes Merseburg und der Bau- und Montagefirmen befindet sich seit 23. März 1921 im Streik. Sie hat sich deshalb vom Streikbeginn ab als entlassen zu betrachten. Arbeitspapiere und etwa rückständiger Lohn wird, sobald es die Verhältnisse gestatten, den Entlassenen durch die Post zugehen.

Von der Entlassung ausgenommen sind diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die von jetzt ab unmittelbar vom Werk zur Verrichtung von Notstandsarbeiten aufgefordert werden und diese verrichten.

Leuna-Werke, den 29. März 1921.

Die Werksleitung des Ammonialwerkes Merseburg. Arbeitgeber-Vereinigung Leuna-Werke.

In Halle erlassen der Kartellvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Allgemeine freie Angestelltenbund gemeinschaftlich einen

Aufruf

an die Arbeiterschaft, worin sie zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit mahnen. Der Aufruf lautet:

An die Arbeiter- und Angestelltenschaft Mitteldeutschlands!

Den Parolen zum Teil unbekannter Führer folgend, sind in einer Reihe von Betrieben die Arbeiter in einen politischen, vollständig aussichtslosen Streit getreten. Es fehlt jede geordnete Führung und jedes Ziel. Die kommunistischen Führer haben die Massen in der Stunde der Gefahr verlassen. Ohne sich vorher mit den Gewerkschaften und den anderen Arbeiterparteien in Verbindung zu setzen, hat die kommunistische Parteileitung in ihrem Größenwahn geglaubt, die Massen der andersdenkenden Arbeiterschaft ihren Zwecken dienstbar machen zu können. Durch Ausübung gemeinsten Terrors und die Massen wider ihren Willen gezwungen worden, sich und ihren Familien schweren Schaden zuzufügen. Die Lage der Arbeiter wird von Tag zu Tag kritischer, ein Zustand, der große Vorteile für reaktionäre Bestrebungen in sich birgt, deren Merkmale sich schon heute zeigen.

Die einzig geschlossene Macht sind die Gewerkschaften. Nur eine disziplinierte Aktion der Gewerkschaften kann von Erfolg für die Arbeiter sein. Auch jetzt wird es sich zeigen, daß die Gewerkschaften es sein werden, die die von unverantwortlichen Führern verursachten Schäden wieder gutzumachen haben.

Die Gewerkschaften werden Sorge tragen, daß die Interessen der Arbeiter und Angestellten auf das Entschiedenste gewahrt werden. Diese Gewährleistung ist aber nur möglich, wenn die Arbeiter und Angestellten streng die Parole der unterzeichneten Organisation folgen.

Arbeiter — Angestellte! Folgt den Anweisungen eurer in langjährigen Kämpfen erprobten Gewerkschaften und ihrer Führer. Verzettelt eure Kräfte nicht in Aktionen, die euch keine Vorteile, wohl aber schwere Opfer bringen.

Nehmt die Arbeit sofort geschlossen auf!

Wir werden mit euch auf dem Posten sein, um alle gegen euch geführten Anschläge abzuwehren. Wir haben Vorkehrungen getroffen, eure Interessen schon jetzt gegenüber den Arbeitgebern wie den Behörden wahrzunehmen. Habt Vertrauen zu euren Gewerkschaften, stärkt sie, haltet sie aktionsfähig zu den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen.

Deshalb geht an die Arbeit!

Wenn reaktionäre Willkür oder kommunistischer Terror den Bestand der Gewerkschaften bedrohen, werden wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten zu entschlossener Abwehr aufrufen.

Haltet euer letztes und einziges Bollwerk, die Gewerkschaften, hoch. Wir fordern die Betriebsräte auf, ihre Funktion sofort wieder aufzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß im Interesse der arbeitenden Bevölkerung selbst ein ungehinderter Fortgang der Produktion ermöglicht wird. Laßt euch als Betriebsräte nicht von verantwortungslosen politischen Aktionsausschüssen beiseite schieben.

Die Gewerkschaftsfunktionäre fordern wir auf, sich in allen vorkommenden Fragen an ihre Organisationen zu wenden.

Schützt euch, eure Betriebe und eure Gewerkschaften gegen jeden Terror!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Der Kartellvorstand. Hesse. Schlimme.
Allgemeiner freier Angestelltenbund. (Afa.)
Beese.

*

Hörsings Dank an die Schutzpolizei.

Merseburg, 30. März. Der Oberpräsident und Regierungskommissar Hörsing richtete an den Polizeiobersten v. Klüber bei der Regierung in Merseburg folgendes Telegramm:

Nach Niederwerfung des Aufstandes mit der gestern erfolgten Besetzung der aufständischen Operationsbasis, des Leunawerkes, spreche ich zugleich im Namen des Herrn Ministers des Innern Ihnen und allen Polizeibeamten meinen verbindlichsten Dank und vollste Anerkennung aus. Dieser rasche Erfolg ist der umsichtigen energischen Führung ebenso zu verdanken wie der aufopferungsvollen Tatkraft der Polizeitruppe selbst, die trotz der großen körperlichen Anstrengungen mit freudiger Begeisterung die Aufständischen angriff und zerrieb. Diese Leistung ist um so höher einzuschätzen, als der Gegner numerisch stärker und technisch besser ausgerüstet war. Dem Major Folte und der ihm unterstellten Truppe, die vom ersten Tage an den Ansturm im Aufruhrgebiet mit Erfolg aufhielt, bitte ich noch meine besondere Anerkennung auszusprechen. Die Namen der Gefallenen und deren Heimatadresse und die Namen der Verwundeten und deren jetziger Aufenthaltsort sind mir möglichst umgehend zu melden, um den Hinterbliebenen und Verwundeten meine Teilnahme unmittelbar übermitteln zu können.

*

Sonst liegen noch folgende Nachrichten vor:

 # Bernburg, 30. März. Der Redakteur Georg Heese vom Anhalter Kurier in Bernburg, der sich von Bernburg aus zur Beobachtung der Kämpfe nach Hettstedt begeben hatte, wird vermißt. Es wird vermutet, daß er in die Hände der Kommunisten gefallen oder daß ihm während der Kämpfe ein Unglück zugestoßen ist.

\+ Bitterfeld, 30. März. Das Auto des Direktors Haberland vom Salzbergwerk Neu-Staßfurt wurde auf der Chaussee von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210331014/fragment/page=0001
DFG

Leipzig nach Bitterfeld beschossen. Direktor Haberland wurde schwer verwundet, auch seine Tochter erhielt zwei Schüsse.

Querfurt, 30. März. Hier treiben sich Banden umher. Unruhen sind nicht zu melden.

Mansfeld, 30. März. Hier herrscht zur Zeit Ruhe.

Weißenfels, 30. März. Hier ist der Generalstreik proklamiert, jedoch ohne Erfolg.

Borna, 30. März. Im Bezirk Borna sind einige Bergarbeiter auf drei Gruben in den Streik getreten.

Schkeuditz von den Kommunisten besetzt.

Eine von Gröbers kommende bewaffnete kommunistische Bande hat heute mittag Schkeuditz besetzt. Ein von Schkeuditz nach Leipzig fahrender Personenzug wurde von den Aufrührern beschossen. Die Aufständischen haben auch den Betrieb der Eisenbahn Leipzig-Schkeuditz Außenbahn völlig lahmgelegt.

Der durch die Sprengung in Erfurt an der Eisenbahnunterführung unweit der Steigerstraße angerichtete Schaden ist nur geringfügig, da das Sprengmaterial nicht im Mauerwerk angebracht, sondern frei in der Unterführung niedergelegt war. Als Täter wurden einige achtzehnjährige Burschen festgestellt und verhaftet, die der kommunistischen Partei angehören.

Auf dem Markt in Greiz forderten die hiesigen Kommunistenführer zum Generalstreik und zur Bewaffnung auf. Die Arbeiterschaft verhält sich aber den Kommunisten gegenüber ablehnend. Es ist alles ruhig geblieben.

In Leipzig ist alles ruhig.

Die Wittenberger Zeitungen wurden auch heute durch die kommunistisch aufgehetzte Bevölkerung am Erscheinen verhindert. Eine Versammlung der Gewerkschaftsführer in der Kaserne wurde unter den Augen der Sipo durch kommunistische Elemente gesprengt.

Die polizeiliche Untersuchung gegen die Urheber des Anschlages auf die Siegessäule ist abgeschlossen. Die Verhafteten wurden ins Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht. Nach ihren Aussagen sollte die Sprengung der Siegessäule das Anfangssignal für die „neue Revolution" sein.

Aschersleben.

Unter den hier verhafteten Kommunisten befinden sich fünf, die dringend verdächtig sind, Bombenanschläge auf das Landgericht in Dresden und Freiberg sowie auf den Bahnhof Hettstedt verübt zu haben. Einer der Verhafteten hat bereits ein Geständnis abgelegt, an den Bombenattentaten beteiligt zu sein. Die Pläne zu den Anschlägen sind von einem Verschwörerkomitee ausgearbeitet worden, das seine Beratungen in Charlottenburg abzuhalten pflegte. Die fünf Verdächtigen sind sämtlich Berliner.

Die Lage im Reiche

hat sich nicht verändert. In den Berliner Betrieben wird fast allgemein gearbeitet, doch bleibt die Schutzpolizei in Alarmbereitschaft. Die bisher Festgenommenen werden in den nächsten Tagen von einem außerordentlichen Gericht abgeurteilt werden. Alle diejenigen Ruhestörer, die in die Betriebe eingedrungen sind und Sabotageakte verübt haben, werden wegen Landfriedensbruches, die Verteiler der hetzerischen Flugblätter wegen Hochverrates abgeurteilt werden.

Das Erscheinen der Königsberger kommunistischen Zeitung „Die Rote Fahne des Ostens" ist bis auf weiteres verboten worden.

In Berlin kursierte gestern morgen besonders unter einem Teil der Arbeiterschaft und der Straßenbahner das wahrscheinlich von kommunistischer Seite ausgesprengte Gerücht, nach dem die U. S. P. D. umgefallen sei und gleichfalls für den Generalstreik eintreten soll. Wie die „Dena" aus gut unterrichteter Quelle erfährt, ist daran kein wahres Wort. Die U. S. P. D. bleibt nach wie vor bei ihrer alten Parole, daß die Arbeiter sich nicht durch den Terror der Kommunisten in einen unsinnigen Generalstreik treiben lassen. Die Parteileitung der U. S. S. P. denkt auch nicht daran, eine andere Parole auszugeben. Andererseits nimmt sie aber Stellung gegen die vom Reichspräsidenten Ebert verfügte Einsetzung von Sondergerichten gegen die verhafteten Kommunisten, da sie als sozialistische Partei auf dem Standpunkt steht, daß die bestehenden Gesetze genügen und daß es nicht angängig sei, gegen irgend eine Volksklasse Ausnahmegesetze einzuführen.

Die Zerstörung von Amtsgebäuden in Mitteldeutschland hat in München Anlaß gegeben zur Durchführung strenger Vorsichtsmaßregeln. Die Gerichtsgefängnisse und Gefängnisse werden von der Landespolizei bewacht. Die Kommunisten treiben in München eifrige Wühlarbeit. Sie verteilen Flugblätter, die von der Berliner Zentrale ausgehen und mit Schreibmaschine geschrieben sind. Die Arbeiter werden aufgefordert, zum Gegenschlag auszuholen und Aktionsausschüsse zu bilden.

In der Nacht zum Mittwoch gegen 4 Uhr wurde von der Hagener Kriminalpolizei ein Trupp von etwa 400 bewaffneten Kommunisten, die Maschinengewehre mit sich führten, im Vormarsch auf Gevelsberg festgestellt. Uebereinstimmende Nachrichten sagen aus, daß sich im Ennepetal die Kommunisten konzentrieren, um einen Vorstoß gegen Hagen zu unternehmen.

Die Lage in Gotha ist noch immer ungeklärt. Seit gestern früh ruht das Elektrizitätswerk völlig. Auch das Gaswerk ist seit gestern abend stillgelegt. Auch heute ist noch kein Strom vorhanden. Die Zeitungen werden deshalb nicht erscheinen können. Ein großer Teil der Arbeiterschaft kann infolge der Stromsperre in den Betrieben nicht voll beschäftigt werden. Die Kommunisten wollen zum Weiterstreiken Stimmung machen. Ein starkes Abflauen der ganzen Streikmache ist zu bemerken.

Das Presseamt Thüringen teilt uns mit: Einige Zeitungen haben mit der Preßfreiheit solchen Mißbrauch getrieben, daß das Maß zum Ueberlaufen voll ist. Die Staatsregierung kann solchem Treiben nunmehr nicht länger ruhig zusehen. Es wird, sofern eine Aenderung zum Besseren nicht eintritt, mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen werden.

Am östlichen Teil des Braunkohlengebietes im Kreise Liebenwerda herrscht seit Sonnabend der Generalstreik. Die Führung liegt in den Händen der drei kommunistischen Parteien. Zu Ausschreitungen kam es nur in wenigen Fällen. Lauchhammer liegt seit acht Tagen im Lohnstreik.

Der Aktionsausschuß der vereinigten kommunistischen Parteien in Breslau wurde gestern mittag verhaftet, ebenso wegen Beihilfe zum Landesverrat eine Anzahl Flugblattverteiler, die ein Flugblatt mit der Aufforderung zum bewaffneten Aufruhr, zur Besetzung der Betriebe usw. verteilten.

Dem von den kommunistischen Arbeitern gestern nachmittag über die Aktiengesellschaft Weser in Bremen verhängten Generalstreik ist von den übrigen Arbeitern keine Folge geleistet worden. Zu neuen Gewalttätigkeiten ist es nicht gekommen.

Der von der kommunistischen Partei in Frankfurt a. M. für heute ausgegebenen Parole zum Generalstreik in den hiesigen Betrieben ist nicht Folge gegeben worden. In allen Betrieben wird gearbeitet.

Gestern abend gegen 9 Uhr erfolgte in Königsberg auf dem zwischen den Kasernen und der Cranzer Allee gelegenen Kanonenweg eine heftige Explosion, durch die zahlreiche Fensterscheiben zerstört wurden. — Die Hafenarbeiter sind ausständig.

In der Fabrik der A. E. G. in der Brunnenstraße in Berlin wurde heute vormittag unter der 10 000 Mann starken Belegschaft eine Abstimmung veranstaltet, die 1500 Stimmen für den Streik ergab. Trotzdem versuchte die Minderheit die Arbeiterschaft zur Arbeitseinstellung zu zwingen, worauf die Belegschaft kurzen Prozeß machte und die Ruhestörer aus dem Betrieb hinauswarf.

Die Abstimmung im Kraftwerk Golpa, das den Süden von Berlin mit Strom versorgt, ergab eine überwiegende Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Stromlieferung nach Berlin hat heute vormittag wieder begonnen.

Die unschlüssige Entente.

Den Alliierten wird allmählich vor ihrem eigenen Mut angst. Durch alle möglichen Kanäle läßt die französische Regierung jetzt laut werden, daß irgend welche Entscheidungen über eventuelle weitere Sanktionen und besonders über das Schicksal Oberschlesiens vor Ende April nicht zu erwarten sind. Die Alliierten verschanzen sich jetzt wieder hinter den Artikeln des Versailler Vertrages und der Meinungsaustausch über die „Durchführung des Vertrages von Versailles" wird wahrscheinlich eine neue Konferenz des Obersten Rates notwendig machen. Um die Besetzung der neubesetzten Rheingebiete möglichst lange hinausschieben zu können, wird diese Konferenz wahrscheinlich nicht vor dem 1. Mai stattfinden. Der Bericht der Interalliierten Kommission in Oppeln über das Endresultat der Abstimmung in Oberschlesien ist natürlich auch noch nicht fertig. Die Alliierten haben Zeit und wenn auch Oberschlesien darüber zugrunde geht. Am meisten Zeit aber hat Herr Le Rond, der bereits jetzt angekündigt hat, daß sein ausführlicher Bericht über die Abstimmung etwa gegen Ende April in Paris eintreffen werde. Der Oberste Rat wird also dann auch Gelegenheit haben, gleich die oberschlesische Frage zu erledigen. **Inzwischen wird Herr Korfanty schon dafür sorgen, daß in Paris für die „gerechte" Regelung der oberschlesischen Angelegenheit die nötige Stimmung herrscht.**

Amerikas Verwahrung.

Hin und wieder deutet die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika leise an, daß sie nicht auf ihre Rechte zu verzichten gedenkt, die ihr aus der Beendigung des Kriegszustandes zugestehen. So hat auch jetzt wieder die Union an die Ententeländer eine Note gerichtet, die sich dagegen verwahrt, daß man Amerika bei der Festlegung gewisser Fragen auszuschalten versucht. Die Washingtoner Regierung erklärt das für einen Irrtum und behält sich ausdrücklich das Recht vor, bei der Regelung internationaler Angelegenheiten befragt zu werden. Sie hat dabei den Trumpf in der Hand, allen Abmachungen, die ohne ihre Zustimmung ergehen, die Anerkennung zu versagen. Die Entente wird diese Verwahrungen, die sich wohl lediglich auf die Kabel, die Insel Yap und vielleicht noch einige andere Kolonialfragen beziehen, freilich nicht sehr tragisch nehmen; denn Herr Harding hat schon wiederholt erkennen lassen, daß es nicht so bös gemeint ist.

Lansings Anklage gegen Wilson.

Aus dem Buche, das Lansing über die Friedensverhandlungen in Versailles und über seine Zerwürfnis mit Wilson geschrieben hat, veröffentlichen die „Times" einige kurze Auszüge. Lansing schreibt, das amerikanische Volk dürfe nicht im unklaren darüber gelassen werden, daß zwischen zwei seiner offiziellen Vertreter in Versailles über die wichtigsten Fragen Uneinigkeit bestanden hat. Es sei hier kurz daran erinnert, daß Lansing zurücktrat, weil ihm Wilson einen Brief schrieb, in dem er sich darüber beklagte, daß sein Staatssekretär anscheinend nicht mehr gewillt sei, wie früher, seine (des Präsidenten) Ratschläge über außenpolitische Fragen entgegenzunehmen. Lansing schien diese Einmischung in außenpolitische Fragen inopportun. Er berichtet über ein Gespräch, das er mit dem Präsidenten lange vor dessen Abreise nach Frankreich gehabt hat. „Ich wies ihn darauf hin, daß er augenblicklich eine vorherrschende Stelle in der Welt inne habe, daß ich aber fürchtete, er würde diese verlieren, wenn er zu der Konferenz mit den fremden Staatsmännern kommen würde. Er könnte praktisch die Friedensbedingungen diktieren, wenn er sich von diesen Staatsmännern fernhalte. Der Präsident hörte meinen Bemerkungen ohne Kommentar zu und ging dann auf ein anderes Thema über." Weiter sagt Lansing: „Ob die theatralische Wirkung eines Präsidenten, der über den Ozean fährt, um persönlich den Friedensschluß zu machen, ihn beeinflußte, weiß ich nicht. Es muß aber doch wohl der entscheidende Faktor gewesen sein. Ich habe den Eindruck, daß meine offene Opposition gegen seine Teilnahme an der Konferenz vom Präsidenten als unerwünschte Einmischung in seine persönlichen Aufgaben betrachtet wurde."

Lansing wirft Wilson vor, er habe nicht des Friedens wegen, sondern des Völkerbundes wegen der Anerkennung einer Vorherrschaft der Großmächte über die kleineren Nationen sowie einem Verteidigungsbündnis mit Frankreich, dem Skandal der Geheimdiplomatie und den japanischen Ansprüchen auf Schantung zugestimmt. Lansing ist außerdem der Ansicht, daß diese Zugeständnisse an Clemenceau, Lloyd George und Orlando niemals erfolgt wären, wenn der Präsident nicht nach Frankreich gegangen wäre. Das sei die größte Sünde gewesen, aus der alle übrigen in verhängnisvoller Folge entsprungen seien. Lansing erklärt, er sei den Weisungen Wilsons mit äußerstem Widerstreben gefolgt, da er gefühlt habe, daß Wilsons Politik durch und durch falsch sei und unvermeidlich zu einem Verlust des Prestiges der Vereinigten Staaten und ihres Präsidenten führen werde.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Die am 31. März in Amsterdam beginnende Internationale Gewerkschaftskonferenz erregt das besondere Interesse weiter Kreise in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Die Bürgermeister fast aller größeren Städte und Gemeinden, besonders die von Reims, Roubaix, Chateau-Thierry, Laon, St. Quentin und Arras, werden auf der Konferenz zugegen sein. Auch eine aus Fachleuten aller Berufe und Führern aller Gruppen gebildete größere Delegation wird erscheinen.

Allgemeine deutsche Beschwerdestelle.

Von

J. von Bülow.

(Nachdruck verboten.)

Neue Zeiten schaffen neue Bedürfnisse, neuer Bedarf neue Mittel. Niemals hat man so viel Anlaß zu Beschwerden gehabt wie heute, nie waren Beschwerden fruchtloser. Es würde ein Thema für Doktorarbeiten sein, die Beschwerden zu sichten, auf ihre Berechtigung hin zu prüfen und festzustellen, warum sie nicht Berücksichtigung finden. Mit einem solchen Studium könnten einige hundert geistige Arbeitslose sich in dieser Zeit, wo es ohnehin an produktiven Betätigungsmöglichkeiten fehlt, nützlich beschäftigen.

Erfreulicherweise gibt es aber bei uns noch Leute, die wissen, wo Barthel den Most holt. Solche haben die Allgemeine Deutsche Beschwerdestelle gegründet. Natürlich ging diese Gründung von einer der früheren Kriegsgesellschaften aus. Im Laufe mehrerer Jahre hatten ihre Angestellten eine unvergleichliche Gewandtheit gewonnen, Arbeiten zu leisten, die keinen handgreiflichen Nutzen haben, nichtige Dinge zu tun, um eine Zeit hinzubringen, für die sie hochbezahlt wurden, und vor allem Beschwerden entgegenzunehmen, ohne sie zu berücksichtigen oder zu beantworten. Was Wunder, daß gerade diese Herren auf die Allgemeine Deutsche Beschwerdestelle verfielen. „Es ist ihre Aufgabe, alle Beschwerden zu sammeln, zu sichten, weiterzuleiten und auf ihre Erfüllung zu dringen." So heißt es im Programm.

Vor allem sollen die unnötigen Kosten vermieden werden, die jedem einzelnen erwachsen. Was jeder Beschwerdeführer für Porto, Papier ausgibt, genügt, gesammelt, schon, um eine ganze Behörde zu ernähren. Die Kraft, die der Einzelne verpulvert, der Aerger, der ihn schwächt, haben zusammengefaßt eine ungeheure Stoßkraft.

Wer die Beschwerdestelle benutzen will, zahlt einen kleinen Betrag, berechnet danach, ob die Beschwerde dem Betreffenden einen Vorteil bringen, nur der Allgemeinheit nützen oder lediglich die in Frage kommende Instanz ärgern soll. Letztere Art ist die billigste, warum, werden wir gleich sehen:

Die Beschwerden werden gesammelt und sortiert und dann je nach ihrem Charakter „weiter behandelt".

Erfolge einer Beschwerde werden den Einreichenden mitgeteilt, eine Ablehnung nicht. Er soll ja von weiteren Beschwerden nicht abgehalten werden, damit die Allgemeine Deutsche Beschwerdestelle leben kann. Sie findet staatliche Unterstützung. Grund: weiter unten.

Darum ist ihre Benutzung allen Beschwerdelustigen zu empfehlen.

Eine Beschwerdezeitschrift als unumgängliches Bedürfnis erscheint demnächst (D. R. P. angemeldet). Darin werden die interessantesten Fälle besprochen werden und, um Porto zu sparen, den Beschwerdeführern Kenntnis vom Erfolge ihrer Sache gegeben.

Soweit, was die Oeffentlichkeit von dieser zweifellos segensreichen Einrichtung erfährt.

Was sie nicht erfährt, ist das Folgende, und ich mache mir eigentlich Vorwürfe, daß ich das mitteile, aber der Wahrheit muß die Ehre gegeben werden.

Nämlich das Verfahren ist dies: Alle Beschwerden werden den entsprechenden Ressorts zugewiesen. Hier wird gewissenhaft, auf Grund der gemachten Erfahrungen, gesichtet nach zwecklosen und Erfolg versprechenden Beschwerden. Die ersteren wandern nach Vormerkung in den Papierkorb. Eine Altpapierverarbeitungsfabrik (ebenfalls einstige Kriegsgesellschaft) steht hinter der Allgemeinen Deutschen Beschwerdestelle und zahlt den Ressortchefs hohe Provisionen, damit sie ihre Papierkörbe gewissenhaft füllen. Rückfragen nach Beschwerden werden nur beantwortet, wenn Rückporto anliegt, das dafür vorgesehene Formular lautet: „Die Beschwerde ruht noch bei der zuständigen Stelle. Wir haben aber vor acht Tagen daran erinnert." Dies Spiel wird so lange fortgesetzt, bis der Beschwerdeführer ermüdet das Rennen aufgibt.

Erfolg versprechende Beschwerden werden getrennt in private, wirtschaftliche und soziale. Die ersteren bekommt der Rechtsbeistand zur Bearbeitung, die Beschwerdeführer erhalten die Aufforderung, sich des von der Allgemeinen Deutschen Beschwerdestelle ihnen zugewiesenen Anwalts zu bedienen, dem dann das Weitere überlassen bleibt. Er zahlt der Allgemeinen Deutschen Beschwerdestelle natürlich eine Vermittlungsgebühr.

Die sozialen Beschwerden werden literarisch bearbeitet und an politische Parteien und Zeitungen teuer verkauft. Eine Reihe Skandalblätter lebt nur hiervon. An die zuständigen Behörden gelangen Beschwerden erst, wenn die gleiche mindestens zehnmal eingelaufen ist. Und hier fängt die Sache an, übel zu werden. Denn der Grund hierfür ist nicht zarte Rücksicht oder Einsicht, sondern ein sehr materieller. Für diese dilatorische Arbeit, die bisher in den Behörden selbst geleistet wurde, und zwar mit nicht zu unterschätzender Virtuosität, zahlt der Staat eine Unterstützung an die Allgemeine Deutsche Beschwerdestelle, zahlt die Angestellten-, die Krankenversicherung, hohe Beiträge, weil dadurch nicht nur Arbeit gespart, sondern auch die Gesundheit gefördert wird. Kein Beamter braucht sich mehr über Beschwerden krank zu ärgern.

Einzelne Behörden, wie Eisenbahn, Post, Auswärtiges Amt, zahlen Sondergebühren für jedes Hundert in den Papierkorb gewanderter Beschwerden gegen sie.

Aber eben nicht alle Zuschriften gehen dorthin, einige sind schließlich berechtigt und müssen erledigt werden, aber die Beschwerdestelle entkleidet sie aller persönlichen Noten, macht sie zu sachlichen Einwänden gegen bestehende Beschwernisse und hilft so tatkräftig an der Gesundung unserer Zustände. Bedenklich ist nur diese heimliche Unterstützung durch die Behörden, die soweit geht, daß bereits alle Beschwerden, die irgendwo eingehen, kurzerhand unbesehen der Allgemeinen Deutschen Beschwerdestelle zugeleitet werden, die dann ihrerseits den Beschwerdeführer auffordert, sich ihrer Einrichtungen zu bedienen.

Aber da letzten Endes doch für die Allgemeinheit ein Nutzen herausspringt und tatsächlich schon Mißstände durch die Tätigkeit der Allgemeinen Deutschen Beschwerdestelle beseitigt wurden, so wird man über diesen Schönheitsfehler fortsehen dürfen und ihr — eine baldige Geburt wünschen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210331014/fragment/page=0002

Wie aus Paris gemeldet wird, ist unter den christlichen Arbeitern der Gedanke entstanden, zunächst die gegenseitigen Beziehungen unter den Arbeitern der beteiligten Länder wiederherzustellen. In allernächster Zeit finden in Holland Besprechungen statt, bei denen die Absicht zugrunde liegt, die zwischen der Entente und den mittelsteuropäischen Ländern bestehenden Schwierigkeiten zu beheben.

Poincaré als Kronzeuge französischer Verschwendung.

Poincaré veröffentlicht im „Temps" einen Leitartikel, der sich mit den Finanzsorgen Frankreichs beschäftigt. Poincaré macht darin das bemerkenswerte Zugeständnis, daß seit Beginn des Waffenstillstandes eine wüste Verschwendung in der ganzen französischen Verwaltung eingesetzt habe, ein Tanz der Milliarden, den er als skandalös bezeichnet. Der Hauptteil seiner Ausführungen ist jedoch natürlich wiederum der Forderung gewidmet, daß Deutschland endlich bezahlen müsse. Glücklicherweise seien jetzt immer weitere Kreise Frankreichs von dem schlechten Willen Deutschlands überzeugt. Poincaré verlangt dann eine Vervollständigung der in London beschlossenen Sanktionen und bedauert, daß die Errichtung der rheinischen Zollgrenze durch die Meinungsverschiedenheiten, die im Botschafterrat aufgetaucht seien, eine unerwartete Verzögerung erleide. Die Franzosen trügen jedoch hieran keine Schuld, und Briand sei mehr als jeder andere davon überzeugt, daß auch die neue Herausforderung Deutschlands nicht ohne Antwort bleiben dürfe.

Rückkehr des früheren König Karls nach Ungarn.

Der frühere König ist am Sonnabend in Steinamanger eingetroffen und bei dem dortigen Bischof abgestiegen. Ministerpräsident Teleki wurde nach Steinamanger gerufen. Sowohl er wie Oberst Lehar haben dem früheren König von der Durchführung seiner Absichten abgeraten. Trotzdem fuhr er Sonntag früh mit Kraftwagen nach Budapest. In einem zweiten Wagen langte Ministerpräsident Teleki, etwa zwei Stunden später, in Budapest an. Der Reichsverweser war vollkommen unvorbereitet. Nach einer langen Besprechung veranlaßte er den König zur Rückreise in die Schweiz. Der König fuhr mit dem Ministerpräsidenten am Sonntag abend von Budapest ab, entschloß sich aber während der Fahrt, im Lande zu bleiben und soll sich gegenwärtig in Steinamanger befinden. In der Besprechung war auch von einer Zustimmung der französischen Regierung zur Rückkehr des Königs die Rede. Der französische Vertreter in Budapest hat inzwischen in formeller Weise bekannt gegeben, daß die Alliierten sich der Rückkehr des Königs auf den ungarischen Königsthron widersetzten. In Budapest selbst sollen nur wenige von diesen Plänen gewußt haben. Es sind einige Verhaftungen vorgenommen worden. Wie der „Pol. Korr." von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat die Regierung der Republik Oesterreich alle Vorkehrungen getroffen, um Rückwirkungen dieser Vorgänge auf Oesterreich zu verhindern. Zu gleicher Zeit wurde eine Untersuchung eingeleitet, ob die Rückkehr des früheren Königs über österreichisches Gebiet erfolgte, um, falls es der Fall sein sollte, die dafür verantwortlichen Personen festzustellen.

Petersen über die Frage der Schuld am Kriege.

Der stenographische Bericht der Reichstagsverhandlung vom 17. März 1921, in der die Frage der Schuld am Krieg ausgiebig besprochen worden ist, ist jetzt endlich erschienen. Es ist sehr viel geredet und aneinander vorbeigeredet worden. Dr. Petersen führte aus: Der Fluch, der auf der Behandlung dieses Problems liegt, ist der, daß eine Frage, die im Interesse der Stellung Deutschlands gegenüber der Welt objektiv behandelt werden muß, jedesmal zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung zwischen Parteien wird. Der Abg. Breitscheidt hat darin recht, daß bei Herbeiführung des Tatbestandes des Krieges im Juni/Juli 1914 auf seiten der deutschen Regierung schwere intellektuelle Fehler begangen worden sind. Aber auch auf der anderen Seite sind solche intellektuellen Fehler in der Richtverhinderung dieses Krieges vorgekommen. Man sollte eigentlich denken, daß es Pflicht jedes deutschen Abgeordneten ist, er mag unabhängig oder deutschnational sein, in diesen Fragen beides hervorzuheben. Es heißt aber meiner Meinung nach auch eine falsche Einstellung nehmen, wenn man das, was die deutsche Regierung in der Geschichtsperiode vor dem Weltkriege getan hat, als eine moralische Schuld betrachtet und bezeichnet. Auch in dieser Zeit sind viele Unbesonnenheiten, Unklarheiten und wechselnde Stellungen bei der Regierung vorgekommen. Aber der Wunsch des jungdeutschen Reichs, zur Weltgeltung zu kommen, war nicht moralische Schuld, jedenfalls nicht im höheren Maße moralisch Schuld, als es „moralische" Schuld Englands war, allein die Herrschaft zur See behalten zu wollen, als es „moralische" Schuld Frankreichs war, für 1870/71 Revanche zu nehmen, „moralische" Schuld Rußlands, auf dem Balkan die Alleinherrschaft zu erzwingen, „moralische" Schuld von Italien und Rumänien, während des Krieges dem „sacro egoismo" zu folgen. Wenn Herr Breitscheidt sagt, daß das Streben nach der Weltgeltung mit allerlei fehlerhaften Maßnahmen, über die wir einig sind, eine „moralische" Schuld liegt, warum sagt er nicht auch von dieser Stelle aus, wo er der Entente etwas sagen will und von ihr gehört werden will, daß die angeführten Tendenzen bei den Ententemächten in dem Jahre vor dem Kriege gleichfalls eine „moralische" Schuld darstellen.

Wie sie schwindeln.

Die hochgradige Erregung, in der sich die Beamtenschaft angesichts der noch nicht geregelten Einstufung in die Besoldungsordnung befindet, wird von gewissenlosen Hetzern benutzt, um die Beamtentreue immer unzufriedener zu machen. Die Hetze geht aber diesmal nicht wie vor den Wahlen von den Kommunisten aus, sondern von den Agitatoren der Deutschnationalen. Im Wahlkampfe, wo nicht immer sofort geantwortet werden konnte, sind mit diesen unsauberen Mitteln manche unaufgeklärte Beamte eingefangen worden. Hinterher müssen sie sehen, wie sie düpiert worden sind. Jetzt setzt das wieder ein. Die Rechtsleute verbreiten den Schwindel, daß die Demokraten mit den Linksparteien gegen die Rechtsparteien und das Zentrum sich für eine Ergänzungsprüfung der Poststekretäre eingesetzt hätten. Im Hauptausschuß des Reichstages sei ein Antrag auf Fortfall dieser Prüfung von den Demokraten abgelehnt worden. Zunächst kann diese Prüfung, die gar nicht besteht, nicht aufgehoben werden. Ein Antrag konnte also nicht gestellt werden, ist auch nicht gestellt worden und konnte demnach nicht abgelehnt werden. Allerdings beschäftigt sich die Regierung mit der Einführung einer Ergänzungsprüfung. Sie ist aber nie von den Demokraten gefordert worden, wohl aber mehrfach von den Vertretern der Deutschnationalen im Beamtenausschuß des Reichstages, nämlich von dem Abg. Deglerl und Schmidt-Stettin. Ebenso hat die Deutsche Volkspartei, Antrag Feuermann-Moroth (Nr. 23) die Prüfung gefordert. Sie verlangt Richtlinien für die Prüfung und wünscht, daß Gewicht darauf gelegt wird, mehr als 45 Jahre alte Beamte in gehobenen Stellungen von der Prüfung befreit zu wissen. Die Vertreter der Demokraten haben sich aufs schärfste dagegen erklärt: Abg. Schuldt in der letzten Ausschußsitzung und Abg. Delius in einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede zum Verbandstage der Postbeamten. Im übrigen heben sich auch die beiden sozialistischen Parteien in ihrem Antrage 24 für die Ergänzungsprüfung ausgesprochen, allerdings mit der Einschränkung, daß über 10 Jahre im Dienst befindliche Beamte ausgeschlossen sein sollen. Wir sind ja bei den Agitationen der Rechtsparteien allerhand gewohnt, aber allzu leichtfertig sollten sie doch mit der Wahrheit nicht umspringen.

Aus Bismarcks drittem Band.

Die „Times" führt, wie die „Voss. Ztg." meldet, mit der Veröffentlichung der Auszüge aus dem 3. Band von Bismarcks Erinnerungen fort. Ueber seine Entlassung schreibt Bismarck u. a.: „Der Kaiser sehnt sich einfach mit ganzem Herzen danach, mich loszusein, damit er allein regieren kann mit seinem eigenen Genius und sich selbst mit Ruhm bedecken kann. Er braucht den alten Mentor nicht länger, sondern nur gefügige Werkzeuge, aber ich kann nicht mit Prosternieren dienen oder wie ein Hund unter den Tisch kriechen. Er möchte mit Rußland brechen, hat aber nicht den Mut, von den Liberalen des Reichstages eine Vermehrung des Heeres zu fordern."

Nach einer längeren Reihe von Zwischenbemerkungen, bei denen man wieder Bismarck nicht von seinem englischen Bearbeiter unterscheiden kann, kommt der Fürst erst wieder zu Wort, wenn er von dem beruflichen und gesellschaftlichen Boykott, der gegen ihn verhängt wurde, spricht. Es schien seinem Nachfolger verboten zu sein, mit ihm über Politik zu sprechen. „Wie streng, ich möchte sagen, mit welcher Subordination Caprivi des Kaisers Befehle befolgte, ist durch die Tatsache erwiesen, daß er mir keine Fragen stellte, keine Aufschlüsse von mir über die Lage der Staatsgeschäfte erbat, die er übernehmen sollte, oder über die bisher befolgten Ziele und Absichten der kaiserlichen Regierung oder über die Mittel, wie diese Ziele erreicht werden sollten. Ich schloß daraus, daß er bestimmte Befehle hatte, keine Frage mit mir zu besprechen, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß der Kaiser selbst ohne Kanzler regieren wolle."

Recht interessant sind auch die Bemerkungen Bismarcks über das deutsch-englische Abkommen vom Jahre 1890 über Helgoland und Sansibar. Bismarck wünschte, wie er sagte, gute Beziehungen zu England, aber, so schreibt er: „Ich habe niemals an eine dauerhafte Garantie derselben geglaubt und würde niemals eine deutsche Besitzung geopfert haben, um ein Wohlwollen zu gewinnen, dessen Dauer keine Aussicht gehabt hätte, ein englisches Ministerium zu überleben. Die Politik Großbritanniens ist nicht nur von Ereignissen und Interessen abhängig, sondern auch dem Wechsel unterworfen, der alle 5 oder 10 Jahre in der Zusammensetzung des Unterhauses und des Ministeriums eintritt." Bismarck erklärt dann, daß Deutschlands Freundschaft für England viel wertvoller sein müsse, als Englands Freundschaft für Deutschland und fährt fort: England ist eine jener geschickten Mächte, mit denen es nicht nur unmöglich ist, ein dauerndes Bündnis zu schließen, sondern auf die man sich niemals mit einiger Sicherheit verlassen kann, denn in England ist die Grundlage für politische Beziehungen unsicherer als in irgend einem anderen Staat. Sie ist das Ergebnis von Wahlen und den daraus entstehenden Mehrheiten. Nur ein Vertrag, der zur Kenntnis des Parlaments gebracht wurde, gewährt einige Sicherheit gegen plötzliche Veränderungen."

Mißstände im ostpreußischen Wiederaufbau.

Der 1915 begonnene Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Ostpreußens steht vor dem Zusammenbruch. Noch 6400 Bauten sind überhaupt nicht begonnen, über ein und eine viertel Milliarde Mark ist in dem überaus umständlichen Rechnungsverfahren noch nicht nachgeprüft. Die Mobiliarschäden (namentlich der Beamten und der kleinen Leute) sind überhaupt nicht angewiesen. Alle diese Mißstände führten zu örtlichen Zusammenschlüssen, welche sodann in einer großen, aus allen Teilen der Provinz beschickten Versammlung in Insterburg zur Gründung eines Schutzverbandes der Kriegsgeschädigten Ostpreußens führte. Herr Dr. Paul Posener-Wolfskehl (Berlin) erörterte die bisherige Rechtslage, wies nach, daß zahlreiche Erlasse und Verfügungen der Wiederaufbaubehörden einer gesetzlich in Grundlage entbehren, und forderte Beseitigung der unsinnigen, gedankenlosen Häufung von Instanzen, sowie Erlassung eines klaren eindeutigen Reichsgesetzes, durch welches der Aufbauanspruch sichergestellt und eine rasche Auszahlung gewährleistet wird. Herr Abgeordneter v. Pfleiwes berichtete über seine Bemühungen in den zuständigen Ministerien, wo man eine Aussicht auf Besserung für nicht ganz ausgeschlossen erklärte. Herr Architekt Erich Göttgen (Königsberg) wies die technischen Schwierigkeiten nach, wie die Ueberbürokratisierung sie verschuldet habe, und hob besonders hervor, daß die Teuerungszuschläge für 1921 noch nicht festgesetzt seien, und daß die Behörde die Aufbauliste für 1921 überhaupt nicht aufgestellt habe. Die Folgen würden zahlreiche Arbeitseinstellungen und große wirtschaftliche Nöte der Kriegsgeschädigten sein.

In der sehr umfangreichen Aussprache wurde aus allen Teilen des Aufbaugebietes über die Verständnislosigkeit, die bürokratische Umständlichkeit und das mangelnde wirtschaftliche Interesse der Behörden geklagt. Das Reichsministerium, durch eine lange Reihe juristischer und technischer Reichskommissare, steht in zahlreichen Fragen im Gegensatze zu den preußischen Behörden (Hauptberatungsamt, Bezirksarchitekten nebst Bauberatungsämtern); der leidende Teil ist der Kriegsgeschädigte, demgegenüber Willkür und Bevormundung geübt wird. Allgemein wurde darüber geklagt, daß die Zentralinstanzen des Reiches und Preußens sich überhaupt nicht um die Fortführung des Wiederaufbaues kümmern, da sonst derartige Mißstände nicht möglich sein würden.

Es wurde einstimmig beschlossen, mit aller Energie einheitlich gegen die Verschleppung des Wiederaufbaus und gegen die behördliche Mißwirtschaft vorzugehen. Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde Herr Rittergutsbesitzer Emil Fritz I (Dagsen, Post Stallupönen) gewählt, zu Beisitzern die Herren Bürgermeister Wilhelm Quosig (Schirwindt), Rittergutsbesitzer Hans von Simson (Saitzgupönen), Kaufmann Fritz Meschonat (Eydtkuhnen), Bauunternehmer Bernhard Merkel (Lötzen), Maurer- und Zimmermeister Franz Schmalong (Tarkehmen). Um unmittelbar mit den Zentralinstanzen zu verhandeln, ist eine Geschäftsstelle in Berlin-Wilmersdorf, Helmstedterstraße 6 (Telegrammadresse: Portitus Berlin) eingesetzt worden. Die Ostpreußen im Reiche, ebenso die landsmannschaftlichen und Hilfsvereine werden dringend gebeten, sich sofort mit der Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen.

Deutsches Reich.

Der deutsche Botschafter Dr. Sthamer ist in London wieder eingetroffen.

Demokraten im Staatsrat. Die Provinz Sachsen entsendet in den Staatsrat den Studienrat Trittel. Trittel war langjähriger nationalliberaler Reichstagsabgeordneter für Neuhaldensleben, trat jedoch sofort bei der Gründung zur demokratischen Partei über. In Hannover wurde der bekannte langjährige Abgeordnete erst der Fortschrittlichen Volkspartei, dann der demokratischen Partei, Jan Fegter, in den Staatsrat gewählt. Als Ersatzmann wurde von der Rheinprovinz der ehemalige demokratische Abgeordnete in der Nationalversammlung Justizrat Falk in den Staatsrat gewählt.

Die schwierige Lage der Kleinbahnen. Auf eine kleine Anfrage des demokratischen Abg. Delius über die schwierige Lage der Kleinbahnen hat der Reichsverkehrsminister darauf hingewiesen, daß die Verpflichtung zur Abhilfe in erster Linie den Ländern obliegt. Die überaus ernste Finanzlage des Reiches verlange, daß die Beteiligten in erster Linie selbst den ernsten Versuch machen, sich selbst zu helfen. Trotzdem seien für 1920 und 1921 je 20 Millionen Mark vorgesehen, um lebenswichtigen und lebensfähigen Kleinbahnen und kleinbahnähnlichen Privatbahnen unter der Voraussetzung Hilfe zu gewähren, daß auch die Länder und die Kommunalverbände sich beteiligen und die Verkehrtreibenden wie die Gläubiger bereit sind, Opfer zu bringen und unter der weiteren Voraussetzung, daß ein wirtschaftliches Arbeiten des Unternehmens gesichert ist.

Flugpost Berlin—Danzig—Königsberg (Pr.) und Danzig—Königsberg (Pr.) — Memel. Die von der Lloyd-Luftflug G. m. b. H. Berlin betriebene Flugpostlinie Berlin—Königsberg (Pr.) wird vom 1. April an über Danzig nach folgendem Flugplan geführt: Täglich ab Berlin 8.00, ab Schneidemühl 10.05, an Danzig 12.55, ab 1.05, an Königsberg (Pr.) 2.25; zurück ab Königsberg (Pr.) 8.30, an Danzig 9.50, ab 10.00, ab Schneidemühl 1.00, an Berlin 2.55. Den Flugdienst im Danziger Gebiet führt hierbei die Flugzeug- und Motorenbau-A.-G. Danzig aus. Gleichzeitig wird eine Flugpost Danzig—Königsberg (Pr.)—Memel von der Danziger Luft-Reederei mit Unterstützung der Deutschen Luft-Reederei, Berlin, eingerichtet. Flugplan täglich ab Danzig 10.10, ab Königsberg (Pr.) 12.00, an Memel 1.30, zurück ab Memel 3.00, ab Königsberg (Pr.) 5.00, an Danzig 6.30. Im Flugverkehr mit dem Danziger- und dem Memelgebiet sind gewöhnliche und eingeschriebene Postkarten, sowie alle übrigen Arten von Briefsendungen gegen dieselben Flugzuschläge wie im Reichsgebiet zulässig. Für eine Postkarte oder einen einfachen Brief ist also ein Zuschlag von 20 Pfg. zu zahlen. Der Austausch von Zeitungen und Paketen mit der Flugpost wird für die nächste Zeit geplant.

Auslands-Rundschau.

Der Prozeß gegen die Kronstädter Meuterer. Vor den Kronstädter Geschworenen des Revolutionstribunals des Kreises Petrograd begann der Prozeß gegen die Führer der letzten Verschwörung, denen es nicht gelungen war, zu entfliehen. Nur gegen jene wirklichen Führer, die sich weigerten, sich zu ergeben und die von den Sowjetbehörden angebotene Amnestie ausschlugen, wird verhandelt werden. „Ihren irregeleiteten Anhängern", so meldet der Sowjetbericht, „ist verziehen und vergessen worden."

Der Vorsitzende der ägyptischen Delegation, Zaulu Pascha, wird dieser Tage Paris verlassen, um sich nach Aegypten zurückzubegeben. Er erklärte einem Redakteur der Havas-Agentur, die Anwesenheit der Delegation in Aegypten sei jetzt nach den Erklärungen der englischen Regierung und des neuen ägyptischen Kabinetts unerläßlich. Man müsse an Ort und Stelle prüfen, ob man mit dem neuen Ministerium zusammenarbeiten könne, aber schon jetzt könne er erklären, daß er als Grundbedingung für die Mitarbeit von dem neuen Ministerpräsidenten verlangt habe, daß die Basis für weitere Verhandlungen die Aufgabe des Protektorates sei und die Anerkennung der Unabhängigkeit Aegyptens, der inneren und der äußeren.

Amerikanische Absage an Lenin. Die Antwort der amerikanischen Regierung an Lenin stellt, der „Chicago Tribune" zufolge, eine direkte, offene und endgültige Weigerung dar, mit dem bolschewistischen Rußland Handelsbeziehungen aufzunehmen, solange das kommunistische System in Kraft ist. Aus sicherer Quelle verlautet, daß das ganze Kabinett diesen Standpunkt teilt. Dieser Entschluß wird auch die Unterstützung des Senators Lodge und fast aller Mitglieder des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten finden. Nur eine kleine Zahl von Senatoren hatte die direkte Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland empfohlen.

Halle und Umgegend.

Halle den 31. März 1921.

Vereins- und Versammlungskalender der Deutsch-Demokratischen Partei.

Die für Freitag, den 1. April, von den Bezirksvereinen West und Mitte nach dem Bäcker-Innungshaus einberufene Versammlung muß anläßlich der eingetretenen Verhältnisse vorläufig fortfallen. Der Tag der Versammlung wird später nochmals bekanntgegeben werden.

Der Gartenbau-Verein hat eine Sitzung am Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr im Vereinshaus „St. Nikolaus". Herr Garteninspektor Oertel spricht über: „Anlage und Bewirtschaftung eines Gemüsegartens. Düngung und Kultur im allgemeinen".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210331014/fragment/page=0003

Familien-Nachrichten.

Geboren: Oberpostsekretär Franz Taube, Halle (T.).

Verlobte: Trude Bauchwitz — Heinz Sernau, Halle. Erna Meise, Leipzig — Hugo Arnhold, Halle. Hanny Becker, Ilsenburg — Fritz Weber, Halle.

Vermählte: Kurt Ebert — Emmy Lenz, Halle.

Gestorben: Schneidermeister August Beckert, Halle (61 J.). Kernmacher Hermann Barth, Reideburg (68 J.). Frau Marie Hildebrandt geb. Pontel, Halle. Frl. Käthchen Schröder, Nietleben (21 J.). Frau Wally Kriebel geb. Schneider, Halle (23 J.). Frau Anna Ulrich geb. Friebe, Halle (74 J.). Frau Adelheid Hildebrand geb. Prozell, Halle (29 J.). Frl. Johanna Hillmann, Halle. Franz Sonntag, Halle (Leuchtturm). Harry Romatowski, Halle (14 J.).

Sport der „Saale-Zeitung".

Voraussagen für Karlshorst.

Donnerstag, den 31. März.

1. R. Gondler—Revelry. 2. R. Raubgräfin—Ahnfrau. 3. R. Fustanella—Feuerbach. 4. R. Divorce—Signorelli. 5. R. Cid—Note. 6. R. Gratulation—Eitel. 7. R. Lallo—Phantast.

Nachspiel zu dem Eröffnungsrennen in Karlshorst.

Der Jockei Schuldt, der im Osterpreis den Steepler Hunoing ritt, wurde der Obersten Rennbehörde zur Bestrafung angezeigt, weil er sein Pferd entgegen der Reitorder stets im Hintertreffen gehalten hatte.

Das Rennjahr fängt wirklich gut an. Gleich im ersten Rennen wird der Jockei Schuldt der Obersten Rennbehörde wegen „Schiebung" angezeigt. Es wäre wirklich im Interesse der Wetter zu wünschen, daß die Oberste Rennbehörde für die Schieber exemplarische Strafen verhängen würde. Einige Hundert Mark Geldstrafe ziehen doch bei einem Berufsreiter, der bald das Einkommen eines Direktors hat, gar nicht mehr.

Provinzial-Nachrichten.

Güsten, 30. März. (Raubüberfall im Sterbehaus.) Ein frecher Raubüberfall ist am Sonnabend früh hier ausgeführt worden. Am Freitag nachmittag war der in der Friedrichstraße wohnende 82jährige Chirurg Achilles, der allgemein als reich galt, plötzlich am Herzschlage gestorben. Am Sonnabend morgen gegen 4 Uhr drangen nun drei Männer in das Sterbehaus ein, suchten das im Erdgeschoß belegene Zimmer, in dem die Leiche aufgebahrt lag, vollständig durch und begaben sich dann in die oberen Räume, wo sie die Witwe und eine bei ihr weilende Frau mit vorgehaltenen Revolvern zwangen, eine Kassette mit Bargeld, Hypothekenbriefen und anderen Wertpapieren, deren Gesamtbetrag noch nicht festgestellt werden konnte, herauszugeben. Dann verschwanden die Räuber auf demselben Wege, den sie gekommen waren. Bisher fehlt von ihnen jede Spur.

(—) **Friedrichroda** 30. März. (Für heimatlose Balten.) Freiherr von Wangenheim hat den hier wohnenden alten Damen, die aus Baltenland und Litauen vertrieben worden sind und bisher seit der Revolution ohne Heimat lebten, in der Nähe von Gotha ein Schlößchen als Wohnung zur Verfügung gestellt, damit sie in ihm ihres Lebens Dasein verbringen können und eine dauernde Heimstatt haben.

Vom Eichsfelde, 30. März. (Betriebseinschränkungen in der Tabakindustrie.) Seit einem halben Jahre sind die Zigarrenfabriken wieder voll beschäftigt. Die angeforderten Arbeiterinnen konnten nicht gestellt werden. Jetzt beginnen aber von neuem Betriebseinschränkungen. Eine Fabrik in Ershausen ist auf vier Wochen geschlossen.

= **Leipzig**, 30. März. (Ein Brautpaar auf der Pleiße verunglückt.) Ein junges Brautpaar aus Leipzig huldigte am Ostersonntag auf der Pleiße dem Wassersport. In der Nähe des Wassergottes wurde das Fahrzeug, in dem sich das Brautpaar befand, von einem anderen Kahn angefahren, wodurch das Boot mit dem jungen Paar zum Kentern gebracht wurde. Das Brautpaar fiel ins Wasser, und obwohl der Bräutigam die angestrengtesten Versuche unternahm, seine Braut in Sicherheit zu bringen, wurde sie doch ein Opfer der Fluten. Die Bedauernswerte ging im Wasser unter. Einem herbeigerufenen Fischer gelang es nur, sie als Leiche zu bergen. Alsbald angestellte Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Gardelegen, 30. März. (In der Stadtverordnetensitzung) wurde die Besteuerung von Jagdwaffen, und zwar für die erste Waffe 100, für die zweite 200, für die dritte 500 Mk. und für jede weitere 500 Mk. beschlossen. Weiter wurde der Bau von drei Wohnhäusern neben der Kaserne beschlossen. Die Kosten sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden. Der Antrag auf Baukostenzuschüsse wurde bereits eingereicht.

Greiz, 30. März. (Ein fünffacher Lustmörder.) Der Markthelfer Meckel aus Jeßnitz bei Plauen wurde hier von einer Gerichtskommission an die Stelle geführt, an der 1916 das Schulmädchen Hoffmann ermordet aufgefunden war. Der verheiratete Mann gestand den Mord ein und gab gleichzeitig zu, vier weitere Lustmorde, und zwar an einem Mädchen in Hagelbrunn bei Plauen, an einem Mädchen in Leipzig, an einem siebenjährigen Knaben in Mehltheuer und an einem 18jährigen Mädchen in Schneckengrün bei Plauen verübt zu haben.

Kunst und Wissenschaft.

N. **Der Leipziger Bildhauer Kurt Kluge** ist an die akademische Hochschule für bildende Künste zu Berlin zur Leitung des Ateliers für Erzplastik berufen worden. Kurt Kluge hat u. a. einen Nibelungen-Brunnen für Bingen a. R. geschaffen, dessen Aufstellung die französische Besatzung bisher untersagt hat.

Vermischtes.

Strenge Strafen. Eine große Anzahl Bochumer Wirte hat für Nichtinnehaltung der Polizeistunde an den Fastnachtstagen Strafmandate in Höhe von 3000 bis 10 000 Mark erhalten.

Der „Jalousie-Revisor". Die falschen Revisoren, die sich unter allerhand Vorspiegelungen bei arglosen Leuten einführen, um sie zu bestehlen, haben sich um eine neue Art vermehrt. Bisher kannte man hauptsächlich die „Revisoren" der Gas- und Elektrizitätsleitungen, der Wasserleitungen und Türen. Neuerdings tritt in Berlin ein „Jalousie-Revisor" auf. Er sucht Wohnungen auf, von denen viele Fenster stark der Sonne ausgesetzt und deshalb mit Schutzvorrichtungen versehen sind. Jetzt beginnt die Zeit, wo dieser Sonnenschutz wieder in Gebrauch genommen wird. Darauf baut der Mann und er findet mit seiner Versicherung, daß er beauftragt sei, die Jalousien nachzusehen, leicht Glauben und Eingang in alle Räume. Sobald er unbeachtet ist, steckt er ein, was ihm zur Hand liegt, erklärt den Leuten seine Arbeit für beendet, empfiehlt sich und verschwindet mit der Beute.

Ein großes Erdbeben. Am 28. März, früh 9 Uhr 1 Minute 36 Sekunden, begann an der Reinachschen Erdbebenwarte des Taunusobservatoriums die Aufzeichnung eines starken Erdbebens, dessen Herd etwa 11 000 Kilometer entfernt war. Der zweite Vorläufer trat um 9 Uhr 13 Minuten 9 Sekunden, die Hauptwelle um 9 Uhr 30 Minuten ein. Um 10½ Uhr waren die Seismographen wieder in Ruhe.

Um ein Mädchen. Zu blutigen Auseinandersetzungen kam es in Altenbochum im Ortsteil „Prinz von Preußen" zwischen mehreren Personen um eines Mädchens willen. Messer und Revolver wurden gebraucht. Eine Person erhielt zwei Stiche in den Kopf. Ein gänzlich unbeteiligtes Mädchen wurde durch einen Bauchschuß schwer verletzt.

„Freunde" der Kunst. Zwei ehemalige Kaufleute, Siegfried Dohm und Adolf Klages, die früher als Warenhausdiebe tätig waren, hatten nach ihrer Entlassung aus der Strafanstalt ihre Spezialität gewechselt und sich in Berlin auf den Museumsdiebstahl gelegt. Sie suchten zunächst das Museum für Völkerkunde auf und stahlen dort einige Altertümer, für die sie in Antiquitätengeschäften gute Abnehmer fanden. Nicht weniger als zehnmal wiederholten sie ihren „Besuch" in diesem Museum, dann betätigten sie sich im Kaiser-Friedrich-Museum. Diese Diebstähle waren so lohnend, daß sie auch Reisen nach auswärts unternehmen konnten. Dabei hatten sie zuletzt die Künstlerhalle in Hamburg heimgesucht und dort ein kostbares Gemälde gestohlen. Dieser Diebstahl aber wurde ihnen zum Verhängnis. Als sie damit auf dem Lehrter Bahnhof ankamen, wurden sie von Kriminalbeamten angehalten und verhaftet. Beide Verhafteten sind überführt und geständig.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die außerordentlichen Gerichte.

Die gestern angekündigte Verordnung des Reichspräsidenten über die Bildung außerordentlicher Gerichte zur Aburteilung von schweren Aufruhrverbrechen und Vergehen sieht solche Gerichte nicht nur für die Bezirke des Ausnahmezustandes vor, sondern läßt zu, daß nach näherer Bestimmung des Reichsjustizministers außerordentliche Gerichte auch an anderen Orten gebildet werden, so schwere strafbare Handlungen begangen worden sind, die mit der Aufruhrbewegung zusammenhängen. Somit werden auch die außerhalb des eigentlichen Aufruhrgebietes begangenen schweren gemeingefährlichen Verbrechen, die zur Unterstützung der kommunistischen Unruhen dienen sollten, insbesondere Dynamitverbrechen, Anschläge auf Eisenbahnanlagen usw. in dem vereinfachten Verfahren durch die Sondergerichte abgeurteilt. Die erwähnte gestrige Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt ferner, daß mit ihrem Inkrafttreten die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai betreffend die Bildung von Freikorps oder ähnlichen Formationen außer Kraft tritt. Die auf Grund der Verordnung vom 30. Mai bereits eingeleiteten Strafverfahren werden jedoch nach dieser Verordnung und von den auf Grund derselben vom Reichswehrminister eingesetzten besonderen Gerichten noch erledigt.

Eine Entwaffnungsnote der Alliierten.

Die interalliierte militärische Kontrollkommission hat am 13. März d. Js. an die Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes eine Note gerichtet, in der gesagt wird, daß die Auslieferung der über die zugestandene Menge hinaus vorhandenen Waffen nicht vollendet ist und daß das nichtzugelassene Artilleriematerial der Festungen Küstrin, Königsberg und Lötzen-Boyen nicht ausgeliefert wurde. Sie beehrt sich, förmlich darum zu ersuchen, daß vor dem 31. März Abhilfe geschaffen wird. Auf diese Note hat das Auswärtige Amt vom 26. März u. a. geantwortet, daß die Reichswehr an Geschützen, Minenwerfern, Maschinengewehren, Gewehren und Karabinern nur noch die durch Artikel 164 des Vertrages und des Protokoll von Spa festgesetzten Menge besitzt. Für die sonstige Bewaffnung des Heeres schreibt der Vertrag keine Zahl vor. Der Besitz überschreitet nicht das Maß dessen, was zur Ausrüstung des 100 000 Mann-Heeres erforderlich ist.

Der ausführliche Text der Note und ihrer Beantwortung lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Bayerns Entwaffnung.

München, 30. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Münchener Zeitung" bringt heute unter der Ueberschrift „Bayern und die Entwaffnung" einen Bericht aus Berlin, in dem es heißt: In der Angelegenheit des Entwaffnungsgesetzes hätte Bayern bereits kurz vor Ostern Besuch aus Berlin gehabt. Aber es scheint, daß dieser Besuch in München wenig ausgerichtet hat. An allen zuständigen Stellen verhält man sich über diese Reise nach München außerordentlich zugeknöpft. Es sickert nur durch, daß von Berlin die Form nicht gewahrt worden sei. Nunmehr soll der Reichsentwaffnungskommissar Peters nach München gesandt werden, um in der gleichen Angelegenheit nunmehr offiziell mit der bayerischen Regierung zu beraten.

Dr. Simons in der Schweiz.

Berlin, 30. März. (Eig. Drahtnachricht.) Der Reichsminister des Aeußern Dr. Simons ist vor einigen Tagen in Luzern eingetroffen. Man bringt diese Tatsache in politischen Kreisen mit etwaigen Anknüpfungsversuchen des Ministers zu neuen Verhandlungen mit der Entente in Verbindung. Die Gerüchte werden von einer dem Außenminister nahestehenden Seite entschieden dementiert. Es wird erklärt, daß der Minister nur zu seiner Erholung in der Schweiz weilt. Er hat inzwischen in Luzern Aufenthalt genommen.

Zur Ankunft Exkönigs Karls in Ungarn.

Den Blättern zufolge soll der Kaiser während seiner Besprechung mit dem Reichsverweser wiederholt erklärt haben, er werde lieber sterben, als Ungarn verlassen. Nichtsdestoweniger habe er den überzeugenden Worten des ihn begleitenden Offiziers sich nicht verschließen können und eingewilligt, wieder abzureisen. Nach seiner Ankunft aus Budapest in Steinamanger nahm der Kaiser im Palast des Bischofs Aufenthalt, der von Gendarmen bewacht wird. Die Garnison von Steinamanger soll dem Kaiser den Treueid geleistet haben. **Einer hiesigen Korrespondenz zufolge wird von Laibach und Prag in den nächsten Tagen ein politischer Schritt in Budapest erwartet, um die ungarische Regierung zu veranlassen, daß der Kaiser, falls** dies noch nicht geschehen sein sollte, den Boden Ungarns sofort verlasse.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Berliner Kurstabelle ist heute nicht übermittelt worden.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

den 23. März 1921.

Der rheinisch-westfälische Wertpapiermarkt befindet sich in einem Zustande völliger Geschäftsunlust. Die unsichere politische Lage verhindert jede Bewegung großen Stils, und da auch die nächste Entwicklung der Industrie selbst ungewiß bleibt, ist die Zurückhaltung der beteiligten Kreise erklärlich. In der abgelaufenen Berichtswoche schleppte sich das Geschäft träge hin und die Kursschwankungen hielten sich in engsten Grenzen.

Am Kohlenkuxenmarkte wechselten einige Kuxe Ewald zu behaupteten Kursen, König Ludwig, Graf Schwerin, Graf Bismarck, Fröhliche Morgensonne und Langenbrahm zu eher nachgebenden Preisen ihre Besitzer. Größeres Interesse bestand für Carolus Magnus, in denen zahlreiche Stücke zu anziehenden Kursen dem Verkehr entnommen wurden, weiter für Adler bei Kupferdreh und Glückaufsegen. Lothringen-Aktien erzielten geringe Umsätze bei Kursschwankungen, die sich im Rahmen von etwa 10 Proz. hielten. Das Interesse für linksrheinische Unternehmungen hat wieder nachgelassen, und die höchsten Kurse der Vorwoche haben sich infolgedessen nicht behaupten können. Auch für Trier sind die lebhaften Käufe der letzten Woche anscheinend beendet, und auf die bevorstehende Zubußebewilligung gab der Kurs um etwa 3000 Mark nach.

Der Braunkohlenmarkt lag etwas lebhafter, aber die Kursbewegung, namentlich der mitteldeutschen Werte, war eine nach unten gerichtete. Sowohl Leonhard, Michel als auch Vesta verloren etwa 3000 Mark, Gute Hoffnung büßten 2000 Mark ein. Die rheinischen Werte sind dagegen gut gehalten, Bellerhammer und Zukunft-Aktien wurden vielfach gehandelt. Oskarssegen wurden zwischen 5100 und 5000 Mark mehrfach umgesetzt.

Am Kalimarkt war die Preisentwicklung nicht einheitlich. Schwere Werte, insbesondere Neustaßfurt und Glückauf-Sondershausen litten unter Abgaben, die den Kurs um etwa 3000 Mark gegen die Vorwoche drückten. Auf der ermäßigten Grundlage aber stellten sich Käufer ein. Verhältnismäßig lebhaft war der Verkehr in den Werten der Wilhelm Sauer-Gruppe, deren Kurse besser gehalten waren. In Hohenfels sowohl wie in Hugo und Bergmannssegen fand ein beträchtlicher Besitzwechsel statt. Einige Umsätze in Einigkeit, Volkenroda, Hansa Silberberg, Siegfried Giesen, Rössing, Bernten, Hüpstedt, Felsenfest u. a. m. vermochten das Gesamtbild dieses Marktes nicht zu ändern. Dagegen waren Kaliaktien lebhafter. In unerheblichen Beträgen wurden Adler, Hallesche Kali, Ronnenberg und Heldburg zu leicht schwankenden, im allgemeinen aber nicht veränderten Kursen, gekauft. Fest lagen Justus- und Krügershall-Aktien. Von den übrigen Märkten sind ansehnliche Käufe in Elsa-Cement zu steigenden Kursen und weiterhin in Mansfeld-Kuxen zu erwähnen, deren höchster Stand indes auf Abgaben in den letzten Tagen eine Einbuße von 200 Mark erlitt. Am lebhaftesten war eigentlich der Verkehr in amtlich nicht notierten Aktien. Hier wechselten sehr große Beträge in Deutsche Maschinen und junge Goedhardt-Aktien zu stark anziehenden Kursen ihre Besitzer. Auch Halbach, Flender, Stahlwerk Becker, Kabelwerke Rheydt, Benz u. a. erfreuten sich der Beachtung der beteiligten Kreise.

Die Commerz- und Privat-Bank Akt.-Ges. hat ihren Besitz an Aktien und Vorzugsaktien der Kaiser-Keller-Akt.-Ges. mit Nutzen an ein anderes Konsortium verkauft. Interessant ist dabei noch, daß die Gruppe der Kaiser-Keller Akt.-Ges. zur Abwehr einer Ueberfremdung im vorigen Jahre Vorzugsaktien mit erhöhtem Stimmrecht geschaffen hatte.

Beabsichtigte Erhöhung der Biersteuer. Wie die „Ind.- und Handels-Ztg." von maßgebender Seite hören, schweben zur Zeit vertrauliche Verhandlungen, in denen die Erhöhung der Biersteuer erwogen wird.

„Eintracht", Braunkohlenwerke und Brikettfabriken A.-G. in Neu-Welzow. In dem mit Jahresende abgelaufenen Geschäftsjahr brachten die eigenen Betriebe Bruttoergebnisse von 14 724 815 (i. V. 7 900 621) Mark und Beteiligungen 394 103 (151 733) Mk. Einschließlich eines Vortrages von 199 121 (180 809) Mark ergibt sich demnach eine Gesamtsumme von 15 318 039 (8 233 163) Mk. Abzuziehen sind für allgemeine Unkosten 1 880 246 (1 450 959) Mk. und für Abschreibungen 4 498 865 (2 403 000) Mk., so daß ein Reingewinn von 8 938 928 (4 379 203) Mk. verbleibt, aus dem 27 (27) Prozent Dividende auf 10 Mill. Mark Kapital verteilt werden sollen. Schwierigkeiten in der Betriebsführung ergaben sich aus dem Umstande, daß es nach der Revolution zunächst nicht möglich war, die Leistungen der Abraumbetriebe auf der notwendigen Höhe und im Einklange mit den Leistungen der Gruben und Fabrikbetriebe zu halten. Die Förderung betrug 53 019 206 (51 907 155) hl, die Briketterzeugung 1 038 403 (1 062 504) To. und der Rohkohlenverkauf 646 193 (633 214) To. In den Abraumbetrieben wurden 7 335 108 cbm bewegt, gegenüber 5 387 503 1919 und 7 036 247 cbm 1918. Der Verwaltungsbericht stellt fest, daß gegenwärtig alle Betriebe sich in voller Leistung und guter Entwicklung befinden. Die Abraumbetriebe sind so verstärkt, daß wesentlich erhöhte Leistungen erreicht sind und darüber hinaus weitere Verbesserungen im Laufe des Jahres wirksam werden.

\+ **Wagenstellung.** Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle (Saale), den Stationen der Lausitzer, Zschipkau-Finsterwalder und Dessau-Wörlitzer Bahn sind am 29. März zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlenbriketts, Naßpreßsteinen und Braunkohlenkoks gestellt 2912, nicht gestellt 0 Wagen zu je 10 To. Ladegewicht.

Vereinigte Flanschenfabriken und Stanzwerke, A.-G. in Reisholz. Der Abschluß für 1920 weist einen Reingewinn von 1 085 707 Mk. (i. V. 437 344 Mk.) auf. Die Dividende wird mit 22 Proz. (17) in Vorschlag gebracht.

Varziner Papierfabrik. Der Aufsichtsrat beschloß, eine Dividende von 25 Proz., sowie eine Sonderausschüttung von 15 Proz. vorzuschlagen. (Für das Vorjahr wurden im ganzen nur 15 Proz. Dividende verteilt.) Gleichzeitig wird beantragt, zur Vermehrung der Betriebsmittel das Kapital der Gesellschaft um 10 Millionen 6proz. Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht bei einstweiliger Einzahlung von 25 Proz. und um 5 Millionen Stammaktien zu erhöhen. Letztere sollen von einem Bankenkonsortium zu 150 Proz. übernommen werden; den Aktionären soll der Bezug von 3½ Mill. Mark zum gleichen Kurse angeboten werden, während die restlichen 1½ Mill. Mark unter Gewinnbeteiligung der Gesellschaft bestmöglich verwertet werden sollen.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig den 30. März 1920.

Chemnitzer Bankverein	200,00	Mansfelder Kuxe	5300,00
Leipziger Hypoth. Bank	147,25	Oelsnitzer Kuxe	880,00
Mitteld. Privatbank	206,00	Pittler, Leipzig	332,00
Cröllwitzer Papierfabk.	490 00	Prehlitzer Stamm-Akt.	— —
Glauziger Zuckerfabk.	575,00	„ Priorit.-Akt	
Gr. Leipziger Strassenbahn	6,00	Riebeckbier	218,00
		„ Vorzugs-Akt.	115,00
Hallesche Zuckerraff.	309,50	Rositzer Zuckerraff.	358,00
„ Zementfabk.	168,00	Rudelsburger Zementfabk.	— —
Hugo Schneider, Paunsd.	342,00	Sachsenwerk	305,00
Körbisd. Zuckerfabk.	690,00	Sondermann u. Stier	213,50
Leipziger Kammgarnspinnerei	385,00	Stöhr u. Co.	433,00
		Zimmermann, Halle	155,00
Leipziger Malzfabrik	252 00	Zimmermann, Chemnitz	262,00

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob Margelia, für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann, für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger, Vermischtes, Gericht usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Gret, für den Anzeigenteil: F. Geerlings. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210331014/fragment/page=0004